

Danziger Zeitung.

Nr. 17765.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Rostockerstraße Nr. 4, und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. Preis pro Quartal 3.50 Mk., durch die Post bezogen 3.75 Mk. — Inserate kosten für die siebengetragene gewöhnliche Schriftzeile oder deren Raum 20 Pfg. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Inserationsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1889.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Stensburg, 5. Juli. (Privattelegramm.) Der Maurer Mecklenburg hat sich infolge eines Familienzwistes mit einer alten Kanone erschossen.

Wiesbaden, 5. Juli. (Privattelegramm.) Der 22jährige Buchhändler Dittborn, welcher kürzlich eine ältere hiesige Buchhandlung gekauft hat, hat sich erschossen.

Wien, 5. Juli. (Privattelegramm.) Nach einem Stuttgarter Telegramm der „N. Fr. Pr.“ wird das Dementi des „Staatsanzeigers“ betreffend die Weigerung eines russischen Offiziers, in das Hoch auf das deutsche Heer einzustimmen, als ein Vertuschungsversuch, welcher alle Erörterung beenden soll, angesehen.

Paris, 5. Juli. (W. Z.) Die republikanischen Journale dementiren die von den boulangistischen Journalen verbreiteten Gerüchte von der Demission des General-Staatsanwalts Baupaire und von Meinungsverschiedenheiten innerhalb des Cabinets.

Saint Etienne, 5. Juli. (W. Z.) Das Ausschüßen der Soldaten der Verunglückten ist gegenwärtig ganz unmöglich. Zunächst wird alle Mühe darauf verwandt, des Feuers Herr zu werden, welches an vier verschiedenen Punkten des Bergwerkes ausgebrochen ist.

London, 5. Juli. (Privattelegramm.) Es heißt, Graf Mte, der Verlobte der Prinzessin Louise, werde die Herzogswürde erhalten und der Schwiegerohn der Königin, Prinz Heinrich von Battenberg, zum Herzog von Kent ernannt werden.

— In dem Parlament der Capcolonie wird über den Freihandel mit Transvaal debattirt.

Belgrad, 5. Juli. (Privattelegramm.) Hier hat eine große Demonstration in russenfreundlichem Sinne stattgefunden. Eine große Volksmenge veranstaltete Umzüge mit den transparenten Inschriften: Bivio Zar Alexander III.

Petersburg, 5. Juli. (Privattelegramm.) Es geht das Gerücht, daß demnächst die Verlobung des Thronfolgers mit der Prinzessin Helena von Montenegro (geb. 1873) stattfinden werde.

Politische Uebersicht.

Danzig, 5. Juli.

Die drei Erlasse des Reichskanzlers an den deutschen Gesandten in Bern,

welche im gestrigen „Reichsanzeiger“ veröffentlicht sind, beziehen sich auf den Streit mit der Schweiz in Sachen Wohlgemuths. Die Erlasse datiren vom 5., 6. und 26. Juni d. J. und enthalten im wesentlichen nichts, was nicht schon aus den bekannten Artikeln der „Nordd. Allg. Ztg.“ bekannt wäre. In dem ersten Schriftstück vom 5. Juni wird ausgeführt, daß Deutschland darunter zu leiden habe, daß die Schweiz das Asyl von Anarchisten und Verschwörern geworden sei, und daß nun auch den deutschen Sicherheitsorganen verweigert werde, in der Schweiz jenen Verschwörungen nachzuspüren. In dem Falle Wohlgemuth sei es dahin gekommen, daß der deutsche Beamte, noch bevor er Informationen einreichen konnte, verhaftet und nach jeztmöglicher verbrechermäßiger Behandlung aus der Schweiz ausgewiesen worden sei. Das Verhalten der Regierung stehe in Widerspruch mit der der Schweiz zugesicherten Neutralität. „Dem Schutz der Neutralität durch die Mächte“ — heißt es am Schluß — „steht seitens der Eidgenossenschaft die Verbindlichkeit gegenüber, nicht zu dulden, daß von der Schweiz aus der Frieden und die Sicherheit anderer Mächte bedroht werde.“

Der zweite Erlaß, schon vom folgenden Tage, den 6. Juni datirt, ist durch eine inzwischen eingelaufene Note des Bundesraths Droj veranlaßt. In diesem heißt es: „Die Auslegung, welche der Schweizer Bundesrath dem Artikel 2 des Niederlassungsvertrages vom 27. April 1876 giebt, steht mit dem klaren Wortlaut des Vertrages in Widerspruch. Nach demselben müssen Deutsche, um in der Schweiz Wohnsitz zu nehmen oder sich dort niederzulassen, unter anderem mit einem Zeugniszeugnis versehen sein. Diese Fassung wäre unverständlich, wenn die Schweizer Behörden nach ihrem Ermessen von diesem Erforderniß absehen können. Die Erfüllung desselben ist ein Recht, auf welches jeder der vertragschließenden Theile bestehen kann.“

In dem dritten Erlaß endlich vom 26. Juni wird noch einmal die Interpretation des Art. 2 des Niederlassungsvertrages eingehend motivirt. Dann heißt es weiter: „Nachdem uns die Möglichkeit benommen ist, uns gegen die in der Schweiz geduldeten deutschen Reichsfeinde und gegen deren Umrirte und Brandschriften durch Beobachtung an Ort und Stelle zu schützen, werden wir die Controle des feindlichen Treibens auf die deutsche Seite der Grenze verlegen, obgleich wir uns sagen müssen, daß dies dort nur unvollständiger und mit großem Schaden für den friedliebenden Theil der Bevölkerung beider Länder durchgeführt werden kann.“ Ferner spricht der Reichskanzler den Entschluß aus, den deutsch-schweizerischen Niederlassungsvertrag vom 27. April 1876 zu kündigen.

Das praktische Ergebnis dieser Auslassungen ist nicht ganz zweifellos. Volla Klarheit würde bestehen, wenn der Erlaß vom 26. Juni mit dem Passus abschloße, welcher die Erklärung enthält, die Reichsregierung werde die Controle des feind-

lichen Treibens auf dem schweizerischen Boden, welche die schweizerische Regierung den deutschen Polizeibehörden nicht gestatten wolle, nunmehr auf die deutsche Seite der Grenze verlegen. Wäre das das letzte Wort des Reichskanzlers, so würde man demnächst den Maßregeln entgegensehen, welche zur Durchführung dieser Controle, sei es seitens des Reichs oder der Grenzstaaten Elsaß-Lothringen, Baden, Württemberg, Bayern angeordnet würden. Der Reichskanzler setzt indessen die Erörterung zunächst damit weiter fort, daß er die Nothwendigkeit der Kündigung des deutsch-schweizerischen Niederlassungsvertrages von 1876 motivirt und dem deutschen Gesandten in Bern die daraus bezüglichen Anweisungen ankündigt. Da nach der Ansicht des Reichskanzlers schweizerischerseits eine Verletzung dieses Vertrages vorliegt, und zwar nicht nur eine zufällige, sondern eine principielle, so wäre, immer nach der Ansicht des Reichskanzlers, die sofortige Aufkündigung dieses Vertrages zulässig. Fürst Bismarck will aber gerade für Recht ergehen lassen und den Vertrag, wie vorgelesen, mit einjähriger Frist kündigen. Bisher ist, soweit bekannt, die Kündigung noch nicht erfolgt. Geschiehe dieselbe demnächst, so würde der Vertrag im Sommer 1890 außer Kraft treten. Darnach versteht man nicht, wenn Fürst Bismarck ausführt, daß die Maßregeln zur Controlirung der Grenze gegen das Einschmuggeln von Brandschriften u. s. w. — Maßregeln, die doch sofort getroffen werden sollen — nicht ohne Berührung mit den Bestimmungen des Niederlassungsvertrages bleiben könnten. Da, wie gesagt, dieser Niederlassungsvertrag noch ein Jahr in Kraft bleibt. Auch der letzte Theil des Erlasses vom 26. Juni klärt dieses Dunkel nicht auf. Fürst Bismarck nimmt Akt von den Verbesserungen in der Handhabung der Fremdenpolizei, mit welchen sich die Schweizer Regierung beschäftigt. Bei dem oberflächlichen Lesen dieses Theiles des Erlasses könnte man annehmen, daß der Reichskanzler sagen wolle, in Erwartung der beabsichtigten Verbesserungen werde die Regierung von den angekündigten Repressalien vorläufig Abstand nehmen. In der That aber sagt der Reichskanzler nur, aus den ihm bekannten Absichten der Schweizer Regierung entnehme er die Hoffnung, daß das Ergebnis ihrer Bemühungen das Reich in Zukunft der Nothwendigkeit überheben werde, den Schutz gegen verbrecherische Unternehmungen deutscher, in der Schweiz wohnender Socialdemokraten ausschließlich selbst und dieselbe der Grenze zu übernehmen. Mit anderen Worten: das Reich wird die in dem ersten Theile des Erlasses angekündigten Repressalien demnächst ergreifen und so lange fortsetzen, bis eine seinem Bedürfnisse entsprechende Umgestaltung der Fremdenpolizei in der Schweiz erfolgt ist. Diese strengere Auffassung des Erlasses wird nur dadurch invalidirt, daß der Erlaß vom 26. Juni genau an demselben Tage expedirt wurde, an welchem der schweizerische Nationalrath den Gesetzentwurf betreffend die Einschließung eines Generalstaatsanwalts einstimmig angenommen hat. Ob dieser Vorgang in der That ein solcher ist, daß die Worte des Fürsten Bismarck: „Wir werden uns fragen, wenn in der Schweiz Einrichtungen ins Leben treten, welche uns das Vertrauen wiedergeben, daß unsere innere Sicherheit von dort nicht stärker als an den übrigen Grenzen bedroht ist“ auf die Gegenwart passen, das ist eine Frage, welche die anscheinend so ausgiebige Veröffentlichung des „Reichsanzeigers“ unbeantwortet läßt. Die Kündigung des Niederlassungsvertrages müßte nach den Erlassen des Reichskanzlers unter allen Umständen erfolgen, so lange die Schweiz, wie sie das bisher thut, sich weigert, eine Verpflichtung dahin zu übernehmen, daß sie nur solche Deutsche zum Wohnsitz oder zur Niederlassung zuläßt, welche sich im Besitz der in Art. 2 des Vertrages bezeichneten Legitimationen befinden. Gleichwohl deutet der Erlaß die Möglichkeit an, daß die Reichsregierung unter den obigen Voraussetzungen auf diese Forderung Verzicht leisten werde. Auf alle Fälle werden die nächsten Tage Klarheit darüber bringen müssen, ob der Erlaß des Reichskanzlers den Anfang vom Ende des Conflicts oder eine thatsächliche Verhärtung des Conflicts bedeutet. Die der „Nordd. Allg. Ztg.“ kürzlich aus Karlsruhe zugegangene Mittheilung über eine Aeußerung des Kaisers, welche besagte, der Kaiser zweifle nicht, daß binnen kurzer Zeit die jetzigen Meinungsverschiedenheiten beseitigt werden würden, spricht für die Möglichkeit der ersten Auffassung.

Die heutige „Nordd. Allg. Ztg.“ bringt allerdings wieder einen Artikel gegen die Schweiz, der aber nur in der bekannten ungehobelten Sprache dieses Blattes wiederholt, was in den Noten des Reichskanzlers gesagt ist. Ein Telegramm des „W. Tel.-B.“ berichtet darüber:

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt: „Es muß auffallend erscheinen, daß die Schweiz bei früheren Reclamationen sich der kaiserlichen Regierung gegenüber auf die sehr beliebte Auslegung des Niederlassungsvertrages, wonach der Schweiz nur das Recht zustehe, nicht die Pflicht obliege, Legitimationspapiere zu fordern, zu berufen. Es ist für angezeigt erachtet hat, um ihre staatsfeindlichen Elementen gegenüber geübte Condiem zu rechtfertigen. Es wäre der Schweiz ein Leichtes, auf Grund der ihr nach dem Niederlassungsvertrag zukommenden Rechte die Anstehung deutscher Socialrevolutionäre zu hindern; es scheint bisher den Schweizer Behörden an

gutem Willen hierzu zu fehlen. Deuteleien können die Thatsache nicht verschleiern, daß die Schweiz von Artikel 2 des Niederlassungsvertrages für die nachbarlichen Beziehungen nicht den entsprechenden Gebrauch gemacht hat.“

Die Reichstagswahlen.

Der „Hamburg. Correspondent“, das Organ des Senats, läßt sich aus Berlin telegraphiren, daß man jetzt auch im deutschfreisinnigen Lager zugebe, es liege kein Grund zu der Annahme vor, daß die neuen Reichstagswahlen vor Februar nächsten Jahres zu erwarten seien.

Wenn man nur wüßte, woher diesen Politikern das Bedürfnis kommt, fortwährend die Freisinnigen in die Discussion zu ziehen. Was kann das das Publikum interessieren, daß man im deutschfreisinnigen Lager dieses Zugeständniß mache, selbst wenn die Thatsache wahr wäre? (Richtig ist sie aber nicht.) Im freisinnigen Lager ist man früher und auch jetzt in dieser Sache gerade so klug, wie in den anderen Lagern, d. h. niemand kann mit Bestimmtheit sagen, wann die nächsten Reichstagswahlen stattfinden. Die Meinungen waren auch früher darüber im freisinnigen Lager getheilt. Das ist keine Programmsfrage, auch keine principielle Frage. Wenn vor Ablauf des Mandates des Reichstages sich eine günstige Gelegenheit bietet, weshalb sollte man diesen Reichstag nicht auflösen? Mehr spricht freilich dafür, daß die Regierungen diesen Reichstag so viel wie möglich noch in der nächsten Session benutzen werden.

Der „Hamb. Corr.“, der diese neue Entscheidung sich hat telegraphiren lassen, ist übrigens, und zwar gestützt auf das officielle Organ der nationalliberalen Partei, mit den Freisinnigen darin einer Meinung, daß, wenn auch die Wahl erst im Februar nächsten Jahres stattfindet, sie dennoch von langer Hand vorbereitet sein muß, und daß man nicht erst in den letzten Wochen vor der Wahl hastig und überreilt die Vorbereitungen in Angriff nehmen darf. Wir sind ganz einverstanden mit der „Nationalliberalen Correspondenz“, daß in der hiesigen Organisation der Schwerpunkt der ganzen Wahlfähigkeit liegt. In dieser Beziehung hat die freisinnige Presse auch oft genug die Wähler an rechtzeitige Arbeit erinnert. Die Freisinnigen haben dazu um so mehr Veranlassung, als ihnen nicht der ganze officiële Apparat zur Seite steht, der andere Parteien unterstützt. Wo die Beamten für eine Partei mitwirken, da freilich bedarf es solch langer Vorbereitungen nicht, da ist die Organisation immer fertig.

Die Uebersetzungen aus der lex Huene an die Communalverbände.

werden nach einer Mittheilung aus „Berl. Pol. Nachr.“ für das Jahr 1888/89 etwa auf das Doppelte des vorjährigen Betrages belaufen.

Dies zeigt, daß die landwirthschaftlichen Zölle nach ihrer Erhöhung stetig steigende Erträge geliefert haben und daß somit die Einfuhr von fremdem Getreide sich nicht vermindert hat. Während in den ersten Jahren der Abetrag der Uebersetzungen regelmäßig sehr erheblich hinter dem Etatsoll zurückblieb, wird für 1888/89 das Etatsoll von 15 Millionen Mark um etwa 80 Procent überschritten. Schon bei Einbringung des Etats für 1889/90 konnte eine erhebliche Mehrüberweisung in Aussicht gestellt und in Ueberschätzung damit eine Erhöhung des betreffenden Etatsolls für das laufende Jahr auf 23 Millionen Mark in Aussicht genommen werden; die Wirklichkeit hat aber jene Annahme noch hinter sich gelassen.

„Es hieße indeß“, fügen dieser Auseinandersetzung die „Berl. Pol. Nachr.“ hinzu, „sich irtigen Hoffnungen hingeben, wenn man in der Folge auf eine entsprechend steigende Bewegung der Uebersetzungsbeträge rechnen wollte. Denn von den beiden Factoren, welche in dieser Richtung wirken, die Erhöhung der Zollsätze und die Erhöhung der Einfuhr in Folge geringerer eigener Ernte, ist der erste in 1888/89 bereits voll, der zweite wenigstens zu einem guten Theil in Wirkung getreten. Aus den hieraus sich ergebenden Aufgaben erhellt endlich, daß durch das Ergebnis der Getreidezölle für 1888/89 dem Gedanken der Ersetzung der Uebersetzungen aus demselben durch die Uebersetzung der halben Grund- und Gebäudesteuer an die Communen der Boden finanziell etwas mehr geordnet ist, als dies bei Veranlassung des bezüglichen Antrages in der letzten Landtagsession der Fall war.“ Die Aenderung der lex Huene wird also voraussichtlich in der nächsten Session ernsthaft in Angriff genommen werden. Wahrscheinlich wird aber bei dieser Gelegenheit auch die neue Einkommensteuer mit ihren höheren Erträgen zur „Ausgleichung“ dienen sollen.

Aus der österreichischen Delegation.

Der Bericht des Budgetausschusses der österreichischen Delegation über das Budget des Auswärtigen paraphrasirt in seinem allgemeinen Theile kurz die Erklärungen des Ministers, berührt namentlich das Serbien, Rumänien und Bulgarien von der Regierung entgegengebrachte Wohlwollen und schließt: Die Betonung des Ministers, daß er sich seiner Verantwortung voll bewußt sei, ein Hüter des Friedens und der Machtstellung des Reiches zu sein, habe die volle Würdigung des Ausschusses gefunden. Das Bewußtsein eigener Kraft und die Ueberzeugung des Reiches seien die Stärke der Monarchie. Diese Kraft, dieses gute Recht zu erhalten und in enger Verbindung mit den treuen Allirten die guten Beziehungen zu allen Mächten zu pflegen, sei die

Aufgabe der Regierung. Mit vollem Vertrauen verfolge der Ausschuß die Thätigkeit des Ministers auf dieser Bahn und beantrage die Bewilligung der geforderten Budgetposten.

In der gestrigen Sitzung nahm der Budgetausschuß der österreichischen Delegation die noch nicht erledigten Titel des Extraordinariums des Heeres an. Hierauf begann die Berathung des Extraordinariums der Armee; bei dem Titel betr. Errichtung von 14 schweren Batterien erklärte der Kriegsminister, es sei nothwendig, die Zahl der Geschütze auf ein entsprechendes Höhenverhältniß mit der Artillerie anderer Länder zu bringen; gerade auf diesem Gebiete dürfe man ohne ernste Gefahr nicht zurückbleiben. Im weiteren betont der Kriegsminister die Aufstellung eines dritten Bataillons beim Eisenbahntelegraphenregiment. Dies sei das wenigste, was er verlangen müsse. Bei der Berathung der Militärstraßenordnung befanden zwischen den Ministern noch vielfach Meinungsverschiedenheiten, so daß der Kriegsminister nicht im Stande sei, eine Lösung dieser Frage für die nächste Zeit in Aussicht zu stellen.

bleibt der Papst in Rom?

In der belgischen katholischen Presse wird mitgetheilt, daß der Papst in dem letzten Consistorium die Frage erörtert habe, ob er Rom verlassen solle. Nach den der „Arytg.“ aus Rom zugehenden Berichten mißt man dieser Meldung in maßgebenden Kreisen wenig Bedeutung bei und hält auch die Nachricht, daß die Königin-Regentin von Spanien dem Papste die Insel Mallorca und nach einer Cesart auch die spanische Flotte für den Zweck der Uebersiedelung zur Verfügung gestellt habe, für einen ballon d'essai. Vielfach hörte man die Meinung ausprechen, die auch leitenden Staatsmännern zugehört werde, daß die Abreise des Papstes zwei Seiten habe. Die Abreise würde sich leicht und ohne Schwierigkeiten ausführen lassen; ob aber auch die eventuelle Rückkehr, sei eine andere Frage.

Der Handelsvertrag zwischen Belgien und der Schweiz.

welcher an die Stelle des bisherigen Meistbegünstigungs-Verhältnisses treten soll, ist gestern in Bern von dem Bundesrath Droj und dem belgischen Gesandten unterzeichnet worden.

Der Austausch von Bärtlichkeiten.

zwischen der russischen Regierung und dem jungen König von Serbien dauert fort. Der Wiener „Pol. Correspondent“ geht folgendes Telegramm zu:

Krajewo, 5. Juli. Am Tage der Salbung brachte König Alexander auf einem Galabiner zu Ehren des russischen Gesandten Persiani folgenden Toast aus: „Ich trinke das Wohl des geliebten Pathen, Kaisers Alexander III., der mir die besondere Ehre zu Theil werden ließ, sich bei der Salbung durch den Gesandten Persiani vertreten zu lassen.“ Persiani dankte dem König, indem er die wohlwollendsten und freundschaftlichsten Gefühle des Zaren versicherte. Der König dankt am 9. d. wieder in Belgrad einzutreffen.

Der Bericht des Reichscommissars Hauptmann Wischmann.

über die Erfüllung von Buschiris Lager am 8. Mai und die Unternehmungen an den darauf folgenden Tagen wird im „Reichsanzeiger“ veröffentlicht. Wir entnehmen demselben Folgendes:

„Bagamoyo, den 30. Mai 1889. Nachdem die Vorbereitungen zum Beginn der Operationen gegen die Aufständischen bereits am vierten Tage nach dem Eintreffen des Dampfers „Martha“ auf der Rhede von Bagamoyo beendet waren, beschloß ich nach Verständigung mit dem Chef des Kreuzergeschwaders, Contre-Admiral Deinhard, sofort zum Angriff überzugehen. Ein möglichst rasches, offensives Vorgehen bot in erster Linie die Aussicht, gegen die vorwiegend auf Terrorismus geführte Macht des Rebellenführers Buschiri einen entscheidenden Schlag führen, dessen Einfluß auf die Bevölkerung beeinträchtigen und die durch fortgesetzte feindliche Greisfälle sehr gehemmte Actionsfreiheit der Station wieder erhöhen zu können. Nach den eingezogenen Nachrichten hatte Buschiri seine Streitkräfte in der ungenährten Stärke von 6–800 Mann in einem ca. 1½ Stunden von Bagamoyo gelegenen, nach afrikanischen Begriffen außerordentlich stark besetzten Lager versammelt. Die Gerüchte von dem Vorhandensein dreier weiterer Lager hatten sich als zweifelhaft erwiesen. Der Angriff auf dieses Lager wurde zunächst beschlossen. Er lag um so näher, als Buschiri mir in einem am 6. d. Mts. zugegangenen Brief in übermüthiger Weise erklärt hatte, er habe keine Angst vor den Deutschen; sie möchten nur kommen, er werde sie erwarten; wie bis jetzt alle Weizen, so würden auch sie zum Lande hinausgejagt werden u. s. w. Am 7. des Monats nahm ich eine Recognoscirung vor, um mich über die Marschrichtung nach dem Lager, sowie die Terrainverhältnisse zu orientiren. Die Recognoscirung ergab die volle Befähigung der bereits früher eingegangenen Nachrichten. Die Durchführung des Angriffs wurde auf den folgenden Tag festgelegt. Zu diesem Zwecke war am 8. d. Mts., früh 6½ Uhr, das ganze mir zur Verfügung stehende Detachement, bestehend aus 6 Sudanesen-Compagnien, 1 Gulu-Compagnie, 30 Gomalits und 3 Geschütze leichter Kalibers, verstärkt durch eine Abtheilung Marineinfanterie (200 Mann), in der Nähe des Stationsgebäudes versammelt. Jeder Mann hatte 40 Patronen, jedes Geschütz 25 Schuß. Nach Ausgabe besonderer Instruktionen an die Führer der einzelnen Abtheilungen wurde um 7 Uhr 10 Min. der Vormarsch angetreten. Der Weg führte anfangs auf dem Ramm des von Bagamoyo der Rüste entlang nach Süden laufenden, niedrigen Höhenzuges. Ungefähr um 8 Uhr wurde dieser schone, mit Palmen und anderen Fruchtbaumarten dicht bewachsene Höhenzug verlassen und nach Westen abgelenkt. Ein ungefähr 900 Meter

breites, schattenloses, kumpfiges, mit fast mannshohem Gras bedecktes Thal lag vor uns. Glühend heiß brannte die Sonne auf duffelbe herab; kein Lufthauch machte sich fühlbar. Ein über Geräusch erfüllte den zahlreichen morastigen Stellen, welche den Marsch, namentlich der Artillerie (die Kanonen wurden gezogen, die Munition getragen) außerordentlich erschwerten. Trotzdem blieb die Marschdisziplin bei den schwarzen Truppen eine gute. Nach dem Ueberfahren des Thaies wurde auf einem, dem vorher beschriebenen ähnlichen, sich in südwestlicher Richtung hinziehenden Höhenzug entlang marschirt. Auf diesem lag, in einem Palmengarten, Buschris Lager. Dasselbe war, hoch gelegen, weithin sichtbar und bot den Anblick einer hohen, aus dichtgestellten Baumstämmen bestehenden Verankerung.

Dem Bericht Wiemanns über das Geseht selbst entnehmen wir Folgendes:

Beim ersten Sprung auf 200 Meter begann das Feuer aus dem Lager, das meinerseits nicht erwidert wurde. Als jedoch gleich darauf der bekannte weiße Reiter Buschris vor dem Lager erschien, beschloß und vernünftete ich (scheinbar das dem wohlbeliebten Buschris so nothwendige Mittel zur Flucht, und war dieser Schuß das Zeichen zum Beginn des Feuers auf der ganzen Linie. Das Feuergefecht wurde auf beiden Seiten am heftigsten und im Lager trat ein schmerzliches Geschloß, mit Eisenkugeln geladen, in Thätigkeit. Wir schossen uns sprunghaft bis auf 100 Meter an das Lager heran. Die Hügelabtheilungen schmißt und v. Selewsky waren unterdessen so weit vorgedrungen, daß sie sich gegen die Flanken des Lagers entwickeln konnten. Während des den Angriff vorbereitenden Schnellfeuers fielen in meiner nächsten Nähe, in der die meisten Weißen und die Geschloße standen, mehrere Aschuris und wurden Hauptmann Rigelmann, sowie Stabsarzt Schmelzopf verwundet. Es hatten sich, wie ich später durch 6 von Granitpistolen Gefallene herausstellte, 2 gut gestellte Schüsse aus der 6 Centimeter-Kanone das Geschloß Buschris (mit dem 6 Mal gefeuert) zum Schweigen gebracht. Das lebhafteste Schnellfeuer aus ca. 800 Mauergeräten ließ ich ungefähr 1 Minute wirken und gab dann nach Verabredung mit Corvetten-Capitän Hirschberg den Befehl, das Seitengewehr aufplanen zu lassen und zur Attacke vorzugehen. Zuerst waren die Subanese-Compagnien des Chefs Frhrn. v. Graevenreuth an den Palisaden und Lieutenant Sulzer der Erste im Lager. Frhr. v. Graevenreuth selbst folgte sofort mit einigen Subanese auf der linken Flanke. In der Front brachen gleichzeitig die Matrosen unter Corvetten-Capitän Hirschberg und die Aschuris unter Frhrn. v. Eberstein ein. Den Matrosen voraus, nicht wartend bis Beschießung war, überkamm Lieutenant Schelle von G. M. S. „Schwalbe“ die Palisaden und wurde im Lager tödtlich getroffen. Während jetzt die Matrosen die Palisaden soweit niederrissen, daß Mann hinter Mann einbringen konnte, war Freiherr v. Eberstein mit den Aschuris durch eine eingezeichnete Thür eingedrungen und wurde nun alles, was sich noch im Lager befand, niedergemacht. Schon vor dem letzten Schnellfeuer hatte sich ein Trupp des Feindes, ca. 400 Mann stark, außerhalb der Befestigung meinem rechten Flügel gegenüber aufgestellt. Dieser Trupp zog sich in kleineren Abtheilungen, verfolgt von dem Feuer der Abtheilung von Selewsky, nach Norden gegen den Singani zurück. Gleichzeitig flüchteten sich ca. 150 Mann aus dem Lager nach Westen, die von dem Feuer der Abtheilung Schmidt ebenfalls noch Verluste erlitten. Schützenlinien von Subanese und Sulus verfolgten die Flüchtlinge bis auf 600–800 Meter über das Lager hinaus, wo das hohe Gras der Verfolgung ein Ziel setzte.

Zwei arabische Flagen mit Ausrufzeichen, 1 großes und 1 kleines Geschloß, verschiedene Mauergeräthe, Belohnungsscheine und arabische Messer wurden erbeutet, 2 Araber, 8 Schlangen und ca. 20 Weiber gefangen genommen. Buschris selbst soll nur mit Mühe entkommen sein. Lebensmittel fanden sich so gut wie garnicht im Lager, dagegen stellten sich später heraus, daß von den Aschuris und Subanese 3 Kisten, mit 6000 Rupien Inhalt, erbeutet waren. Es war dieses voraussichtlich ein Theil der zur Auslösung der englischen Missionäre beabsichtigten Summe. Die schwarzen Soldaten hatten sich jedoch schon bei der Plünderung derartig in das Geld geliebt, daß ein Zurückfordern und Disponiren kaum möglich, auch für das erste Geseht nicht opportun erschien. Unter den in und dicht beim Lager gefallenen 80 Rebellen zählten wir nur 3 Neger, während alle übrigen Araber, meist Hadramauter und Beluchien waren. Bei der Gewohnheit der Aufständischen, ihre Todten und Verwundenen sofort wegzuschleppen, mußten jedoch schon damals die Verluste des Gegners als bedeutend höher angenommen werden. Diese Annahme hat sich auch bestätigt, denn später eingetroffene, zuverlässige Nachrichten bessern die Zahl der Todten auf 106. Unter einigen namhaften Führern, die gefallen, ist besonders der Hauptling Ismail von Windi, ein Mann von großem Einfluß und treuer Anhänger Buschris, zu nennen. Leider sind auch deutscherseits nicht unbedeutende Verluste zu beklagen. Lieutenant Schelle von G. M. S. „Schwalbe“ fiel, wie schon erwähnt, im Lager. Obermatrose Föll erhielt einen Kopfschuß und brach todt zusammen, während Feldwebel Peter von der Polizeitruppe einem Hüftschlage erlag. Sechs schwarze Soldaten sind ebenfalls gefallen. Stabsarzt Schmelzopf erhielt einen Prellschuß am linken Theil des Unterleibes, Hauptmann Rigelmann einen Fleischschuß in den linken Unterarm, Stationsbeamter Jülich einen Schuß in den Rücken. Dem Obermatrosen Alkaba von G. M. S. „Schwalbe“

	130 00	12	Dukaten	9.75
ack.	139.50	10	Souvereins	20.41
			20-Francs-Gt.	16.255
id.	156.50	60	Imperials pro 500 St.	1899.
	98.50	5	Dollars	4.45
id.	121.75	7	Österreichische Banknoten	81.90
id.	121.50	8	Französische Banknoten	81.90
id.	273.00	12 1/2	Deutsche Reichsbanknoten	171.95
id.	120.50	—	do. Silbergulden	
			Russische Banknoten	208.50

